



Büro des Staatsministers
Carsten Schneider MdB
Beauftragter der Bundesregierung
für Ostdeutschland
Bundeskanzleramt
Willy-Brandt-Str. 1
10557 Berlin

Sehr geehrte Frau Geist,

wir haben uns in der Bürgerinitiative zu Ihrer Terminanfrage mit dem Ostbeauftragten abgestimmt.

Da der Ostbeauftragte auf unsere Vorschläge für Donnerstag nicht eingeht, steht die Bürgerinitiative nicht für ein Treffen bereit.

Die große Mehrheit der Einwohner Rügens lehnt die LNG-Pläne der Bundesregierung ab. Seit vielen Monaten wird ein öffentlicher Termin der Bundesregierung bzw. des Ostbeauftragten auf Rügen gefordert. Wenn Gespräche stattfanden, dann in kleinem Kreis und vorrangig mit offensichtlichen LNG-Befürwortern, nicht aber mit der Bevölkerung. Wir haben als Bürgerinitiative selbst mehrfach dazu angefragt und eingeladen.

Ich verweise noch einmal auf unsere Vorschläge und Forderungen für den Donnerstagtermin:

1. öffentliche Veranstaltung und frühester Beginn 17:30 Uhr, so dass jeder Einwohner die Möglichkeit zur Teilnahme hat
2. Sassnitz als Veranstaltungsort, da dort das LNG-Terminal errichtet und der Fährhafen zu einem Industriehafen ausgebaut werden soll
3. keine Vertreter von ReGas und GasCade im Podium oder als Referenten, da deren Informationen vorliegen und bekannt sind
4. Zugang für Medienvertreter

Wie Sie mitteilten, ist für Oktober eine öffentliche Veranstaltung geplant. Doch worüber soll im Herbst debattiert werden, wenn jetzt ein sofortiger Baustopp und eine Änderung des LNG-Beschleunigungsgesetzes gefordert wird und aus unserer Sicht notwendig ist. Das haben wir im Übrigen gestern den Delegationsteilnehmern des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages mit auf den Weg gegeben.

Der Bau der Pipeline, die Errichtung eines LNG-Terminals im Fährhafen Mukran und der beabsichtigte Ausbau zu einem Industriehafen gefährden aufs Höchste das sensible Ökosystem Ostsee und die Küstenlandschaften Rügens. Das entspricht weder den Interessen der Bevölkerung, noch der Gäste und Urlauber der Insel. Es schadet erheblich der Tourismusbranche als Haupteinkommensquelle. Es widerspricht nationalen Verpflichtungen der Bundesregierung zum Schutz von Meeresgebieten, UNESCO- und Welterbestandorten auf Rügen.

Die LNG-Bundespläne lösen keine Probleme, sie schaffen neue. Deshalb wird der Protest gegen die LNG-Pläne weiter anhalten.

Mit freundlichen Grüßen



Thomas F. Kunstmann

Mitglied des Aktionsrates

Rügen, den 12.09.2023

Bürgerinitiative Lebenswertes Rügen
c/o LebensGut Frankenthal

www.lebenswertes-ruegen.com
<https://www.facebook.com/profile.php?id=100081084807940>
info@lebenswertes-ruegen.com